

ANSPRECHPARTNER

**Stephen Brauer**

Finanzpolitischer Sprecher

stephen.brauer@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9300**Rudi Fischer**

Haushaltspolitischer Sprecher

rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9310**Frank Bonath**Sprecher für Beteiligungen
& Liegenschaftenfrank.bonath@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9200**Sebastian Haag**

Parlamentarischer Berater

sebastian.haag@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9022

FINANZEN

Der Sündenfall wurde begangen

Die Finanz- und Haushaltspolitik des Jahres 2021 war geprägt von den Auseinandersetzungen über den ersten Nachtragshaushalt der wiedererweckten grün-schwarzen Koalition im Juli sowie am Jahresende über den Haushalt 2022. Dabei wurde die Strategie der Regierung, alle Corona-bezogenen Ausgaben, seien es im Gesundheitsbereich oder bei Unternehmenshilfen, vollständig über Schulden zu finanzieren, deutlich. Unterhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit der Pandemiebekämpfung soll der Haushalt einfach so durchgezogen werden wie einmal geplant. Welche Distanz zum Empfinden der Bürgerinnen und Bürger!

Mit dieser Strategie schreckte man dann auch nicht vor einer Verletzung der Schuldenbremse zurück. Mit dem Nachtrag zur Umsetzung der Regierungsbildung hat man noch schnell mal 1,2 Milliarden Schulden gemacht, obwohl man schon wusste, dass man 3 Milliarden Überschüsse aus 2020 hat und auf fast 20 Milliarden nicht genutzten Kreditermächtigungen saß! Dieses Vorgehen kritisierte auch der Rechnungshof Baden-Württemberg scharf und zweifelte die Verfassungsmäßigkeit dieses Nachtrags an. Die FDP/DVP-Fraktion hat sich dazu entschlossen, eine Klage gegen diesen Nachtrag vor dem Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg anzustrengen. Bereits im zweiten Jahr der Geltung der Schuldenbremse wurde gegen sie verstoßen.

Grundsteuer C als Strafsteuer für Bauland

Weiter treibt die Koalition den Umbau der Grundsteuer voran. Nachdem die Länderöffnungsklausel im Vorjahr dafür genutzt wurde, ein Bodenwertmodell umzusetzen und damit eine Vermögenssteuer einzuführen, wurde in diesem Jahr nun die sogenannte Grundsteuer C, also eine Strafsteuer für unbebautes, aber baureifes Land ermöglicht. Kommunen können hier für Gebietsteile höhere Hebesätze einführen – übrigens ohne Deckelung durch den Gesetzgeber. Dabei haben Umfragen ergeben, dass die weitaus überwiegenden Gründe, ein Grundstück nicht zu bebauen, nicht die Spekulation ist, sondern der Wunsch für Bauplätze für die Enkel oder die Tatsache, dass man es gar nicht finanzieren kann. Wer dieser unverdienten Strafsteuer entgehen will, muss verkaufen – genauso wie in den 60er Jahren, wo es diese Steuer bereits für kurze Zeit gab. Man hat sie damals wieder abgeschafft, weil sich das Grundvermögen schnell in wenigen, vermögenden Händen konzentriert hat. Ein Schub für den Wohnungsbau blieb damals aus.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/774](#) - Denkmalschutz bei Landesliegenschaften
- » [17/673](#) - Klimaschutzpotentiale landeseigener Liegenschaften
- » [17/680](#) - Nachtragsmanagement bei Projekten bei landeseigenen Liegenschaften
- » [17/716](#) - Immobilienstrategien von Sparkassen und Volksbanken
- » [17/785](#) - Umsetzung der Grundsteuerreform

IM FOKUS

HAUSHALT 2022: EIN HAUSHALT OHNE POLITISCHE SCHWERPUNKTE

Arbeitskreis:
Finanzen

Ansprechpartner:
Stephen Brauer
Rudi Fischer
Frank Bonath

Der Haushalt 2022 ist ein schlichtes Weiter-So der alten Haushaltsstruktur. Die Koalition hat die mit 2,5 Milliarden reich sprudelnden Mehreinnahmen aus der Steuerschätzung im November genutzt, um einerseits mehr Geld in Corona-Hilfsprogramme und mehr für Digitalisierung einzustellen, aber auch aus unserer Sicht unnötige Neustellen in Ministerien zu schaffen. Weiter werden nicht genutzte Kreditermächtigungen zurückgegeben – eine echte Tilgung ist dies aber nicht.

Diese fordern wir, indem wir knapp 1,5 Milliarden Euro tilgen wollen und damit bereits in die Tilgung der Corona-Schulden einzuweisen. Dazu wollen wir den Grunderwerbsteuersatz wieder von 5 auf 3,5% absenken, damit wir für Bürgerinnen und Bürger, die z.B. ein Eigenheim erwerben wollen, die Nebenkosten des Kaufs reduzieren. Weiter wollen wir mehr Lehrerstellen an den Schulen, endlich die Vertretungslehrer und Referendare in den Sommerferien bezahlen, den Neubau von Rettungswachen unterstützen und den Kommunen bei notwendigen Sanierungen von Lehrschwimmbädern unter die Arme greifen. Dazu wollen wir die Meisterprämie und die Innovationsgutscheine ausweiten sowie für die durch Corona gebeutelten Innenstädte ein gutes Hilfsprogramm auflegen und vieles weitere. Insgesamt haben wir an 80 Stellen Änderungen vorgeschlagen und Mehrausgabenwünsche immer mit Einsparungen an anderer Stelle kompensiert.

Dieser Haushalt setzt die Politik der Koalition auch bei der Pandemie-Bekämpfung fort: Alles, was mit Corona zu tun hat, muss über Schulden finanziert werden, damit die mühsam geeinigten Punkte im „normalen“ Haushalt nicht angefasst werden. Corona als „haushalterischer Betriebsunfall“ quasi. Das geht deutlich an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbei und das kritisieren wir entschieden.

Hier geht's zurück zur Übersicht!